

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

23. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 1. Juli 1970	Nummer 94
--------------	--	-----------

Inhalt

I.

**Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes
für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBI. NW.) aufgenommen werden.**

Glied.-Nr.	Datum	Titel	Seite
21210	18. 3. 1970	Änderung der Beitragsordnung der Apothekerkammer Westfalen-Lippe	1054
2230	19. 12. 1969	RdErl. d. Kultusministers Errichtung von Schulzentren; Raumprogramm der Realschulanteile	1054
236	8. 6. 1970	RdErl. d. Ministers für Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen sowie von Büro- und sonstigen Maschinen zu Lasten zur Verfügung stehender Bauleitungsmittel	1056

II.

**Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes
für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBI. NW.) aufgenommen werden.**

Datum		Seite
	Ministerpräsident	
	Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland	1057
	Finanzminister	
26. 5. 1970	RdErl. — Verfassungswidrigkeit des § 168 Abs. 5 Satz 2 Buchstabe a des Landesbeamten gesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juni 1962 (GV. NW. S. 271)	1056
	Personalveränderungen	
	Ministerpräsident — Chef der Staatskanzlei	1056
	Justizminister	1056

21210

**Änderung
der Beitragsordnung der Apothekerkammer
Westfalen-Lippe**

Vom 18. März 1970

Die Kammerversammlung der Apothekerkammer Westfalen-Lippe hat in ihrer Sitzung vom 18. 3. 1970 aufgrund von § 17 des Gesetzes über die Kammern und die Berufsgerichtsbarkeit der Ärzte, Apotheker, Tierärzte und Zahnärzte vom 3. Juni 1954 (GS. NW. S. 376), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Januar 1970 (GV. NW. S. 44), — SGV. NW. 2133 — folgende Änderung der Beitragsordnung beschlossen, die durch Erlass des Innenministers des Landes Nordrhein-Westfalen vom 12. 6. 1970 — VI B 1 — 15.03.94 — genehmigt worden ist.

Artikel I

Die Beitragsordnung der Apothekerkammer Westfalen-Lippe vom 20. März 1968 (SMBL. NW. 21210) wird wie folgt geändert:

§ 1 Abs. 2 wird durch folgende Fassung ersetzt:

(2) Die Inhaber der im Bereich der Apothekerkammer Westfalen-Lippe liegenden Apotheken werden wie folgt veranlagt:

Gruppe	Jahresumsatz	Grund- beitrag	Zuschlag pro Quartal	Gesamt- beitrag pro Quartal
		pro Quartal		
I	bis 50 000	40,—	—	40,—
II	bis 100 000	40,—	—	40,—
III	bis 150 000	40,—	—	40,—
IV	bis 200 000	40,—	—	40,—
V	bis 250 000	40,—	—	40,—
VI	bis 300 000	40,—	14,—	54,—
VII	bis 350 000	40,—	25,—	65,—
VIII	bis 400 000	40,—	32,—	72,—
IX	bis 450 000	40,—	32,—	72,—
X	bis 500 000	40,—	32,—	72,—
XI	bis 550 000	40,—	40,—	80,—
XII	bis 600 000	40,—	40,—	80,—
XIII	bis 650 000	40,—	40,—	80,—
XIV	bis 700 000	40,—	40,—	80,—
XV	bis 750 000	40,—	45,—	85,—
XVI	bis 800 000	40,—	45,—	85,—
XVII	bis 850 000	40,—	45,—	85,—
XVIII	bis 900 000	40,—	50,—	90,—
XIX	bis 950 000	40,—	50,—	90,—
XX	über 950 000	40,—	50,—	90,—

Artikel II

Diese Änderung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1970 in Kraft.

— MBL. NW. 1970 S. 1054.

2230

**Errichtung von Schulzentren
Raumprogramm der Realschulanteile**

RdErl. d. Kultusministers v. 19. 12. 1969 —
ZD 1.41 — 04 Nr. 344/68, IA 3.60 — 0/0 Nr. 10273/69

1. Die Erfahrungen des letzten Jahres haben erwiesen, daß eine als Schulzentrum angelegte Zusammenfassung von Gebäuden und Freianlagen für Schüler mehrerer Schulformen eine bessere pädagogische Arbeit und größere Nutzung der Investitionen ermöglicht als getrennte Gebäude für einzelne Schulformen. Die Landesregierung wird dieser Einsicht im „Nordrhein-Westfalen-Programm 1975“ Rechnung tragen, das Anfang des Jahres 1970 veröffentlicht wird. Diese Einsicht soll auch in der bereits laufenden Schulbauplanung beachtet werden. Das bedeutet, daß Einzelgebäude für eine der Schulformen nur noch in Ausnahmefällen errichtet werden.

2. Dieser Ausnahmefall ist lediglich dann gegeben, wenn sich nach genauer Prüfung bei der Aufstellung der Flächennutzungspläne oder Bebauungspläne oder spätestens bei Neuerichtung, Umbau oder Erweiterung von Schulbauten ergibt, daß der Bau eines Schulzentrums nicht möglich ist. In allen anderen Fällen ist ein Schulzentrum zu planen. Auf Absatz 5 meines RdErl. v. 4. 10. 1968 (n. v.) — IA 3.36 — 20/0 — 7636/68 wird verwiesen.

3. Das Raumprogramm für ein Schulzentrum wird berechnet, indem die Raumprogramme bisheriger Schulformen addiert werden. Dabei ist auszugehen von der Gesamtschülerzahl des Schulzentrums. Das Schulzentrum kann gemäß der jeweiligen Entscheidung des Schulträgers getrennte Schulformen beherbergen. Dann ist die Zügigkeit der geplanten Formen zu beachten. Im übrigen ist gemäß o. a. RdErl. v. 4. 10. 1968 zu verfahren.

4. Es hat sich erwiesen, daß bei der Addition der Raumprogramme für das Schulzentrum das bisherige Raumprogramm für Realschulen nicht mehrzureicht, da die Raumgrößen der Richtlinien für den Bau von Volks-, Real- und Höheren Schulen für das Land Nordrhein-Westfalen v. 9. 12. 1954 (Abl. KM. NW. 1955, Beilage Heft 2) den Richtlinien für die Planung von Schul- und Hochschulbauten v. 23. 2. 1967 (SMBL. NW. 2230) noch nicht angepaßt sind und weiterhin Art und Zahl der Räume den heutigen Stundentafeln und Stoffplänen angeglichen werden müssen. Daher ist ab 1. Januar 1970 das folgende Programm zu verwenden. Es wird bekanntgegeben im Einvernehmen mit dem Innenminister, Finanzminister, Minister für Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten.

4.1 Zweizügige Realschule

4.101 Klassenräume
je Stammklasse 1 Klassenraum mit
je 12 × 16 GM (ausnahmsweise 14 × 14 GM) =
192 RFE = ca. 66 qm

4.102 2 Kursräume
zusammen 192—240 RFE = ca. 64—80 qm

4.103 Räume für die Naturwissenschaften

- a) 1 Demonstrations- und Übungsraum für Physik:
bis 216 RFE = ca. 73 qm
- b) 1 Demonstrations- und Übungsraum für Chemie und Biologie:
bis 216 RFE = ca. 73 qm
- c) 1 Vorbereitungsräum für Physik und Chemie, zugleich Sammlungs- und Materialraum:
bis 96 RFE = ca. 32 qm
- d) 1 Vorbereitungsräum für Biologie, zugleich Sammlungs- und Materialraum:
bis 96 RFE = ca. 32 qm
- e) 1—2 Räume für naturwissenschaftliche Arbeitsgemeinschaften:
je bis 96 RFE = ca. 32 qm
- f) 1 Raum für Photolaborarbeitsgemeinschaften:
60—72 RFE = ca. 19—23 qm

4.104 Räume für Hauswirtschaft
(entfallen bei reinen Jungenschulen)

- a) 1 Küche:
bis 216 RFE = ca. 73 qm
- b) 1 Unterrichts- und Speiseraum:
96—120 RFE = ca. 32—40 qm
- c) Räume für Vorräte, Material und hauswirtschaftliche Maschinen:
zusammen 96—120 RFE = ca. 32—40 qm
- d) 1 Wasch- und Umkleideraum:
48—60 RFE = ca. 15—19 qm

4.105 Räume für Kunsterziehung und Werken

- a) 1 Zeichensaal
- b) 1 Arbeitsraum für Werken
- c) 1 Materialraum
- d) 1 Wasch- und Umkleideraum
zusammen bis 528 RFE = ca. 180 qm

- 4.106 1 Raum für Textilgestaltung (entfällt bei reinen Jungenschulen) bis 216 RFE = ca. 73 qm
- 4.107 1 Musikraum bis 192 RFE = ca. 66 qm Dieser Raum kann nur zugestanden werden, wenn kein eigener Raum für Feiergestaltung zur Verfügung steht.
- 4.108 Sprachlabor
- 1 Raum für Sprachlehranlagen: bis 240 RFE = ca. 82 qm
 - 1 Geräte- und Materialraum: 40 RFE = ca. 12 qm
- 4.109 3 Lehrmittelräume je 40—48 RFE = ca. 12—15 qm
- 4.110 1 Raum für Schülerbücherei, zugleich Raum für Schülermitverwaltung: 180—192 RFE = ca. 61—66 qm
- 4.111 1 Raum für Feiergestaltung, zugleich Raum für Musikunterricht, für ca. 350 Personen
Dieser Raum kann nur zugestanden werden, wenn kein entsprechend großer Raum einer anderen Schule in zumutbarer Entfernung mitbenutzt werden kann. Wird danach ein besonderer Raum für Feiergestaltung erforderlich, so soll dieser nach Möglichkeit durch Herrichten der Turnhalle oder, falls dies nicht möglich ist, — zum wenigsten teilweise — durch eine entsprechende Ausgestaltung von Treppenhäusern, Fluren, Eingangs- bzw. Pausenhallen gewonnen werden.
- 4.112 Lehrer- und Verwaltungsräume
- a) 1 Lehrerzimmer (Konferenzzimmer), zugleich Lehrerarbeitszimmer und Lehrerbücherei: bis zu 240 RFE = ca. 82 qm
Diese Fläche kann aufgeteilt werden in:
1 Lehrerzimmer (Konferenzzimmer) und
1 Lehrerarbeitszimmer, zugleich Lehrerbücherei
 - b) 1 Zimmer für den Schulleiter: 60—72 RFE = ca. 19—23 qm
 - c) 1 Zimmer für den Vertreter des Schulleiters: 48—60 RFE = ca. 15—19 qm
 - d) 1 Elternsprechzimmer, zugleich Arztzimmer: 60—72 RFE = ca. 19—23 qm
 - e) 1 Hausmeisterzimmer, zugleich Raum zur Ausgabe von Milch pp.: 60—72 RFE = ca. 19—23 qm
 - f) 1 Büroraum: 48—60 RFE = ca. 15—19 qm
- 4.113 Sportanlagen
(hierzu besonderer Erlaß)
- 4.2 Dreizügige Realschule
- 4.201 Klassenräume
- a) je Stammklasse 1 Klassenraum mit je 12×16 GM (ausnahmsweise 14×14 GM) = 192 RFE = 66 qm
 - b) 1 übergroßer Klassenraum, teilbar in 2 Räume: 12×20 GM = 240 RFE = ca. 82 qm
- 4.202 2 Kursräume zusammen 192—240 RFE = ca. 64—80 qm
- 4.203 Räume für Naturwissenschaften
- a) 1 Demonstrations- und Übungsraum für Physik: bis 216 RFE = ca. 73 qm
 - b) 1 Demonstrations- und Übungsraum für Chemie: bis 216 RFE = ca. 73 qm
 - c) 1 Demonstrations- und Übungsraum für Biologie: bis 216 RFE = ca. 73 qm
 - d) 1 Vorbereitungsraum für Physik, zugleich Sammlungs- und Materialraum: bis 96 RFE = ca. 32 qm
- e) 1 Vorbereitungsraum für Chemie, zugleich Sammlungs- und Materialraum: bis 60 RFE = 19 qm
 - f) 1 Vorbereitungsraum für Biologie, zugleich Sammlungs- und Materialraum: bis 96 RFE = ca. 32 qm
 - g) 2 Räume für naturwissenschaftliche Arbeitsgemeinschaften: je bis 96 RFE = ca. 32 qm
 - h) 1 Raum für Photolaborarbeitsgemeinschaften: 60—72 RFE = ca. 19—23 qm
- 4.204 Räume für Hauswirtschaft (entfallen bei reinen Jungenschulen)
- a) 1 Küche: bis 216 RFE = ca. 73 qm
 - b) 1 Unterrichts- und Speiseraum: 96—120 RFE = ca. 32—40 qm
 - c) Räume für Vorräte, Material und hauswirtschaftliche Maschinen: zusammen 96—120 RFE = ca. 32—40 qm
 - d) 1 Wasch- und Umkleideraum: 48—60 RFE = ca. 15—19 qm
- 4.205 Räume für Kunsterziehung und Werken
- a) 1 Zeichensaal
 - b) 2 Arbeitsräume für Werken
 - c) 1—2 Materialräume
 - d) 1 Wasch- und Umkleideraum: zusammen bis zu 660 RFE = ca. 220 qm
- 4.206 1 Raum für Textilgestaltung (entfällt bei reinen Jungenschulen) bis 216 RFE = ca. 73 qm
- 4.207 1 Musikraum bis 192 RFE = ca. 66 qm
Dieser Raum kann nur zugestanden werden, wenn kein eigener Raum für Feiergestaltung zur Verfügung steht.
- 4.208 Sprachlabor
- 1 Raum für Sprachlehranlagen bis 240 RFE = ca. 82 qm
 - 1 Geräte- und Materialraum: 40 RFE = ca. 12 qm
- 4.209 3 Lehrmittelräume je 40—48 RFE = ca. 12—15 qm
- 4.210 1 Raum für Schülerbücherei, zugleich Raum für Schülermitverwaltung bis 216 RFE = ca. 73 qm
- 4.211 1 Raum für Feiergestaltung, zugleich Raum für Musikunterricht, für ca. 500 Personen
Dieser Raum kann nur zugestanden werden, wenn kein entsprechend großer Raum einer anderen Schule in zumutbarer Entfernung mitbenutzt werden kann. Wird danach ein besonderer Raum für Feiergestaltung erforderlich, so soll dieser nach Möglichkeit durch Herrichten der Turnhalle oder, falls dies nicht möglich ist, — zum wenigsten teilweise — durch eine entsprechende Ausgestaltung von Treppenhäusern, Fluren, Eingangs- bzw. Pausenhallen gewonnen werden.
- 4.212 Lehrer- und Verwaltungsräume
- a) 1 Lehrerzimmer (Konferenzzimmer)
1 Lehrerarbeitszimmer, zugleich Lehrerbücherei: zusammen bis 312 RFE = ca. 105 qm
 - b) 1 Zimmer für den Schulleiter: 60—72 RFE = ca. 19—23 qm
 - c) 1 Zimmer für den Vertreter des Schulleiters: 60—72 RFE = ca. 19—23 qm
 - d) 1 Elternsprechzimmer, zugleich Arztzimmer: 60—72 RFE = ca. 19—23 qm
 - e) 1 Hausmeisterzimmer, zugleich Raum zur Ausgabe von Milch pp.: 60—72 RFE = ca. 19—23 qm
 - f) 1 Büroraum: 48—60 RFE = ca. 15—19 qm

4.213 Sportanlagen
(hierzu besonderer Erlaß)

4.3 Erläuterungen

4.31 Das Raumprogramm stellt keine Mindestgrenze dar. Den Schulträgern soll die Möglichkeit eröffnet werden, aus Kostensparnisgründen zunächst noch den Bau einzelner Räume oder Raumgruppen zurückzustellen. Sie dürfen dann damit rechnen, daß diese Räume oder Raumgruppen mit Mitteln des Schulbauprogramms kommender Jahre gefördert werden können.

4.32 Die Zahl der Klassenräume richtet sich nach der Zahl der Stammklassen. Dabei ist von der Zahl auszugehen, die nach den Vorausberechnungen des Schulträgers **auf Dauer** erforderlich ist. Eine nur vorübergehende Einrichtung von Klassen rechtfertigt keine höhere Zahl von Klassenräumen.

4.33 Der Verzicht auf die Festlegung von Einzel-Raumgrößen in der Raumgruppe Kunsterziehung und Werken soll der Planung größere Freiheit lassen und es ermöglichen, den jeweiligen unterrichtlichen Notwendigkeiten zu entsprechen.

4.34 Um Kosten einzusparen, sollte die Turnhalle so hergerichtet werden, daß sie auch als Feierraum verwendet werden kann. Hierzu genügt es, den Schwingfußboden so zu gestalten, daß er auch den Beanspruchungen, die durch Betreten mit normalem Schuhwerk oder durch Aufstellen von Stühlen und dergleichen entstehen, standhält. Zusätzlich könnte noch ein Nebenraum als Stuhllager vorgesehen werden. Keinesfalls darf die Turnhalle als Mehrzweckhalle gebaut werden.

Kann die Turnhalle nicht als Feierraum verwendet werden, so sollte wenigstens ein Teil der für den Feierraum erforderlichen Fläche durch Konzentrierung von Verkehrsräumen gewonnen werden.

Ein nach Abs. 1 und 2 gewonnener Feierraum ist kein „eigener Raum für Feiergestaltung“ im Sinne der Ziffern 4.107 und 4.207 des Raumprogramms. In diesen Fällen kann also der Musikraum entsprechend 4.107 oder 4.207 zugestanden werden.

4.35 Die Richtlinien für den Sportstättenbau werden zur Zeit bearbeitet.

5. Dieses Raumprogramm tritt am 1. Januar 1970 in Kraft. Die zu diesem Zeitpunkt ausführungs- und bauvorlagereif geplanten Bauvorhaben können hierauf umgestellt werden. Es gilt auch für Realschulen, die in Ausnahmefällen gemäß Nr. 2 dieses Erlasses noch einzeln gebaut werden.

— MBl. NW. 1970 S. 1054.

236

Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen sowie von Büro- und sonstigen Maschinen zu Lasten zur Verfügung stehender Bauleitungsmittel

RdErl. d. Ministers für Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten v. 8. 6. 1970 — V B 2/V A 1 — 3.896/0.221.0

Mit Rücksicht auf die zwischenzeitlich eingetretenen Kostensteigerungen wird die Kostengrenze, die von den Ortsbaudienststellen der Staatshochbauverwaltung bei der Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen zu Lasten zur Verfügung stehender Bauleitungsmittel zu beachten ist, im Einzelfall von 200,— DM auf 600,— DM erhöht.

Unabhängig von der Kostenhöhe haben die Ortsbaudienststellen vor dem Ankauf von Büro- und sonstigen Maschinen (Schreib-, Rechen-, Lichtpaus- und Vervielfältigungsmaschinen etc.) aus Bauleitungsmitteln die Zustimmung des Regierungspräsidenten unter entsprechender Begründung einzuholen. Insbesondere ist dabei darzulegen, welche derartigen Geräte bei der jeweiligen Ortsbaudienststelle bereits vorhanden sind, und aus welchen Gründen ihre Beschaffung nach Art und Umfang

der zu erledigenden Aufgaben sowie der hiermit verbundenen personellen Besetzung im dienstlichen Interesse zusätzlich notwendig ist.

Dabei ist es u. a. Aufgabe des Regierungspräsidenten, vor seiner Zustimmung zu prüfen, ob in seinem Bezirk nicht bei anderen Dienststellen Geräte vorhanden sind bzw. sich erübrigt haben, die an Stelle der zum Ankauf vorgesehenen Gegenstände übernommen werden können.

— MBl. NW. 1970 S. 1056.

II.

Finanzminister

Verfassungswidrigkeit des § 168 Abs. 5 Satz 2 Buchstabe a des Landesbeamtengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juni 1962 (GV. NW. S. 271)

RdErl. d. Finanzministers v. 26. 5. 1970 — B 3040 — 1 B 1 — IV B 4

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Beschuß vom 21. Januar 1970 — 2 BVL 27/63 — (BGBl. I S. 352) entschieden, daß § 168 Abs. 5 Satz 2 Buchstabe a des Landesbeamtengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juni 1962 (GV. NW. S. 271) verfassungswidrig ist. Die Vorschrift ist durch das Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 14. Juni 1966 (GV. NW. S. 360) aufgehoben worden. Zur Durchführung des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts weise ich auf folgendes hin:

Noch anfechtbare Bescheide über die Ruhensregelung von Versorgungsbezügen, die auf § 168 Abs. 5 Satz 2 Buchstabe a des Landesbeamtengesetzes in der o. a. Fassung beruhen, sind aufzuheben. Unanfechtbare Bescheide bleiben gemäß § 79 Abs. 2 Satz 1 BVerfGG unberührt. Eine Vollstreckung aus unanfechtbaren Bescheiden ist unzulässig (§ 79 Abs. 2 Satz 2 BVerfGG). Überzahlungen, die auf Grund eines Rückforderungsbescheides nach dem 1. Januar 1970 einbehalten worden sind, sind zu erstatte.

Im Einvernehmen mit dem Innenminister.

— MBl. NW. 1970 S. 1056.

Personalveränderungen

Ministerpräsident — Chef der Staatskanzlei —

In den Ruhestand wurde versetzt:

Leitender Ministerialrat Diplom-Ingenieur Hermann Schräder.

— MBl. NW. 1970 S. 1056.

Justizminister

Verwaltungsgerichte

Es ist ernannt worden:

Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. H. Schwarz zum Ministerialrat im Justizministerium

Es sind in den Ruhestand getreten:

Präsident des Verwaltungsgerichts in Düsseldorf G. Höriion,

Senatspräsident O. Helbing vom Oberverwaltungsgericht in Münster.

— MBl. NW. 1970 S. 1056.

Ministerpräsident**Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland**

Der Herr Bundespräsident hat nachstehenden, im Lande Nordrhein-Westfalen wohnhaften Personen den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland verliehen:

	Verleihungsdatum
A. Großes Verdienstkreuz mit Stern	
Ministerialdirektor a. D. Dr. Rudolf Baetzgen, Bonn	20. 2. 1970
Staatssekretär Dipl.-Ing. Walter Keil, Wittlaer	21. 4. 1970
Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen Willi Weyer, Hagen (Westf.)	8. 4. 1970
B. Großes Verdienstkreuz	
Rechtsanwalt Richard Moser von Filseck, Düsseldorf	9. 3. 1970
Rechtsanwalt Karl Wilhelm Herbst, Vorsitzender des Vorstandes der Bundesanstalt für Arbeit, Köln	19. 3. 1970
Dipl.-Ing. Herbert van Hüllen, Krefeld	6. 3. 1970
Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Oskar Löbl, Essen	9. 3. 1970
Prof. Dr. Hendricus Johannes Prakke, Münster (Westf.)	24. 11. 1969
Ministerialdirigent a. D. Dr. Johannes Rhode, Düsseldorf	28. 1. 1970
Dr. rer. pol. Hermann Richter, Düsseldorf	30. 12. 1969
Beigeordneter a. D. Prof. Friedrich Tamms, Düsseldorf	9. 3. 1970
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Gerhard Thoma, Präsident der Steuerberaterkammer Köln, Köln-Lindenthal	9. 3. 1970
Rechtsanwalt Dr. Heinrich Vigano, Köln	28. 11. 1969
Patentanwalt Dr. Jakob Willems, Krefeld	9. 3. 1970
C. Verdienstkreuz 1. Klasse	
Finanzpräsident a. D. Harry Beyer, Münster (Westf.)	9. 1. 1970
Ehrendechant Geistlicher Rat a. h. Josef Blum, Bornheim-Hemmerich	28. 2. 1970
Verkehrsdirektor Theodor Breider, Münster (Westf.)	9. 1. 1970
Ltd. Regierungsdirektor a. D. Friedrich Wilhelm Bruns, Münster (Westf.)	28. 1. 1970
Curt Heinz Dirlam, Solingen	28. 1. 1970
Dipl.-Forstwirt Joseph Graf Droste zu Vischering, Padberg, Kreis Brilon	17. 2. 1970
Prälat Paul Fillbrandt, Leiter des Katholischen Büros Nordrhein-Westfalen, Köln	28. 1. 1970
Albert Frese, Neuss	9. 1. 1970
Rechtsanwalt und Notar Hubert Geischer, Mülheim (Ruhr)	30. 12. 1969
Walter Gottheiner, Bonn	28. 1. 1970
Hans Grün, Stellvertreter des Oberbürgermeisters der Stadt Köln, Köln	30. 12. 1969
Prof. Dr. Hermann Heddergott, Münster (Westf.)	28. 1. 1970
Carl-Ferdinand von der Heyde, Köln	17. 2. 1970
Theo Honrath, Bonn	9. 1. 1970
Maria Husemann, Wuppertal-Elberfeld	30. 12. 1969
Alfred Jacobi, Körbecke, Kreis Warburg	17. 2. 1970
Hans Jammers, Krefeld	28. 11. 1969
Hugo Georg Jürs, Ahlen (Westf.)	28. 1. 1970
Oberregierungsbaurat a. D. Rudolph Kaufmann, Hagen (Westf.)	28. 1. 1970
Prälat Paul Kewitsch, Paderborn	17. 2. 1970
Dr. Aloys Kiefer, Hochdahl	17. 2. 1970
Sozialgerichtsrat Kurt Kortmann, Düsseldorf	30. 12. 1969
Dr. Robert Krugmann, Köln-Buchheim	9. 3. 1970
Josef Leimig, Köln-Deutz	28. 11. 1969
Paul Lethen, Krefeld	28. 11. 1969
Karl Marcowitz, Köln-Mülheim	28. 11. 1969
Prof. Dr. Wilhelm Menzel, Dortmund	28. 11. 1969
Dr. Friedrich August Neumann, Eschweiler	17. 2. 1970
Johannes Hans Neusel, Dortmund	28. 11. 1969
Josef Pesch, Köln-Lindenthal	28. 11. 1969
Oberlandwirtschaftsrat a. D. Dr. Werner Pollert, Arnsberg (Westf.)	28. 1. 1970

	Verleihungsdatum
Finanzamtsdirektor Dr. Karl Potthoff, Bielefeld	9. 3. 1970
Heinz Preckel, Oelde	30. 12. 1969
Dipl.-Volkswirt Dr. Hans Preute, Düsseldorf	17. 2. 1970
Dipl.-Ing. Otto Reichling, Krefeld	28. 11. 1969
Hanzjürgen Reinicke, Wuppertal-Barmen	28. 11. 1969
Waldemar Reuter, Vorstandsmitglied des DGB, Kaarst b. Neuss	27. 6. 1969
Eduard Roberg, Everswinkel	30. 12. 1969
Otto Rosemann, Rheine (Westf.)	7. 4. 1970
Direktor Erwin Rüschmeier, Köln	28. 11. 1969
Generaldirektor Hans Spröde, Köln	28. 11. 1969
Reedereidirektor a. D. Eberhard Schedel, Duisburg	17. 2. 1970
Justizoberinspektor a. D. Paul Scholz MdL, Bottrop	28. 11. 1969
Emil Reinhard Schröder, Remscheid	17. 2. 1970
Wilhelm Stichtmann, Wuppertal-Barmen	9. 1. 1970
Hugo Stiegler, Rheinhausen	28. 11. 1969
Dr. Friedrich Streck, Bonn	30. 12. 1969
Prof. Kurt Thomas, Heiligenkirchen	9. 1. 1970
Wilhelm Winkelhake, Recklinghausen	9. 7. 1969
Regierungsbaudirektor Dr.-Ing. habil. Fritz Wolters, Düsseldorf	9. 3. 1970

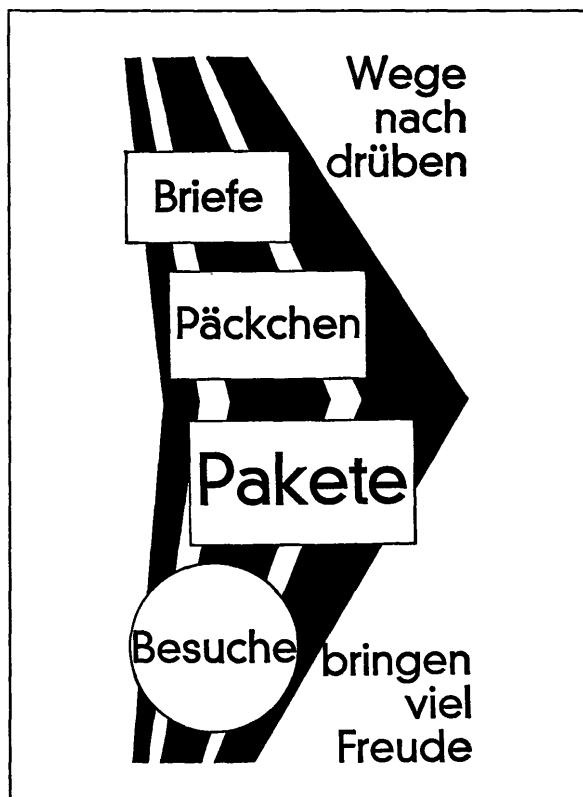
D. Verdienstkreuz am Bande

Hans Bähren, Wickrath, Kreis Grevenbroich	24. 10. 1969
Hans Berner, Hüttental-Geisweid	13. 11. 1969
Albert Beyer, Münster (Westf.)	22. 12. 1969
Wilhelm Bieser, Bonn-Lessenich	23. 2. 1970
Adolf van Bonn, Menzelen, Kreis Moers	17. 2. 1970
Kriminalobersekretär a. D. August Corinth, Essen	30. 12. 1969
Steuerrat a. D. Walter Degenhardt, Schwelm	28. 1. 1970
Margarete Dziemba, Kamp-Lintfort	30. 12. 1969
Helene Encke, Köln-Riehl	23. 2. 1970
Dr. Clemens Fabry, Dortmund	28. 1. 1970
Johann Fackin, Schöller, Kreis Düsseldorf-Mettmann	24. 10. 1969
Peter Filz, Köln	13. 11. 1969
Johann Fischer, Bochum-Werne	28. 1. 1970
Karl Flocke, Solingen	13. 11. 1969
Dr. Josef Gerlach, Niedermarsberg	28. 1. 1970
Fritz Graf, Raumland, Kreis Wittgenstein	20. 3. 1970
Aloys Halberschmidt, Büren	22. 12. 1969
Franz Hanisch, Oberhausen	22. 12. 1969
Landwirtschaftsrat a. D. Dr. Franz Hardt, Kempen (Ndrh.)	22. 12. 1969
Josef Hartmann, Wülfrath	13. 11. 1969
Kreisoberverwaltungsrat a. D. Heinrich Hembach, Odenthal	30. 12. 1969
Kurt Hill, Wülfrath	13. 11. 1969
Rudolf Hövelmann, Hüttental-Weidenau	13. 11. 1969
Bundesbahnrat a. D. Karl Hoffmann, Hiltrup	29. 12. 1969
Rolf Hoffmann, Langenberg (Rhld.)	4. 11. 1969
Rudolf Hüls, Herne	22. 12. 1969
Pfarrer Heinrich Hülsmann, Lippstadt	28. 1. 1970
Bundesbahnbetriebsobermeister a. D. August Hüsing, Burgsteinfurt	17. 2. 1970
Karl Huppertz, Rhode, Kreis Olpe	22. 12. 1969
Karl Jaite, Düsseldorf	28. 1. 1970
Johannes Jendges, Radevormwald	23. 2. 1970
Josef Jungheim, Bonn-Duisdorf	23. 2. 1970
Karola von Kempis, Bornheim-Walberberg	17. 2. 1970
Wilhelm Kerkhoff, Homberg (Ndrh.)	24. 10. 1969
Aloys Ketzler, Duisburg	22. 12. 1969
Robert Klappert, Hüttental-Weidenau	13. 11. 1969
Paul Kloidt, Grafschaft, Kreis Meschede	24. 10. 1969
Georg Klose, Bielefeld	9. 12. 1969
Peter Koll, Ersdorf, Kreis Bonn	23. 2. 1970

	Verleihungsdatum
Peter Kreutz, Bonn-Duisdorf	23. 2. 1970
Rechtsanwalt und Notar Bruno Kreuz, Dülmen	28. 1. 1970
Dr. Wilhelm Kronen, Krefeld	13. 11. 1969
Jakob Küpper, Sieglar-Kriegsdorf	24. 10. 1969
Wilhelm Loh, Siegen	22. 12. 1969
Heinrich Merge, Ibbenbüren-Dickenberg	30. 12. 1969
Peter Merten, Overath-Marialinden	17. 2. 1970
Ewald Meskendahl, Radevormwald	17. 2. 1970
Josef Michalke, Bonn	28. 1. 1970
Gemeindedirektor Johann-Wilhelm Moss, Allner über Siegburg	28. 1. 1970
Heinrich Ostermann, Datteln	23. 2. 1970
Anton Otte, Jakobsberg, Kreis Höxter	30. 12. 1969
Friedrich Pannock, Uentrop-Schmehausen	13. 11. 1969
Oberingenieur i. R. Wilhelm Richter, Essen	22. 12. 1969
Erwin Rosenlöcher, Wuppertal	22. 12. 1969
Heinrich Sander, Bökendorf, Kreis Höxter	30. 12. 1969
Hauptmann Paul Segers, Siegburg	2. 12. 1969
Oberverkehrsaufseher a. D. Heinrich Spelter, Neuss	17. 2. 1970
Direktor a. D. Rolf Schmitt, Krefeld	13. 10. 1969
Wilhelm Schneider, Eggerscheidt, Kreis Düsseldorf-Mettmann	4. 11. 1969
Adolf Schröder, Augustdorf, Kreis Detmold	26. 9. 1969
Josef Schündelen, Meerbusch-Osterath	22. 12. 1969
Karl-Josef Schulte, Letmathe	13. 11. 1969
Bundesbahnoberamtmann a. D. Johannes Schultes, Münster (Westf.)	29. 12. 1969
Oberstudiedirektor an einer berufsbildenden Schule	
Franz Stallknecht, Wanne-Eickel	23. 2. 1970
Sparkassendirektor Benno Steeg, Emmerich	28. 1. 1970
Marian Stefanski, Mönchengladbach	22. 12. 1969
Josef Voormann, Dülmen, Kreis Coesfeld	13. 11. 1969
Oberstudienrätin an einer berufsbildenden Schule a. D.	
Johanna Wehling, Homberg (Ndrh.)	23. 2. 1970
Wilhelm Werdehausen, OVENHAUSEN	30. 12. 1969
Prälat Hubert Wergen, Dormagen	23. 2. 1970
Hans Westerhoff, Hagen (Westf.)	17. 2. 1970
Wilhelm Winter, Hembsen, Kreis Höxter	30. 12. 1969

E. Verdienstmedaille

Bernhard Ahlers, Overath	28. 1. 1970
Fritz Bartsch, Essen	28. 1. 1970
Walter Bauer, Wiehl, Oberbergischer Kreis	24. 10. 1969
Theodor Bergerhausen, Lechenich, Kreis Euskirchen	4. 11. 1969
Elisabeth Berndes, Köln	24. 10. 1969
Alfred Funke, Werdohl	28. 1. 1970
Heinrich Hagenkord, Gütersloh	26. 8. 1969
Katharina Hansmeier, Köln-Rath	17. 2. 1970
Peter Holschbach, Obersaurenbach	26. 9. 1969
Adolf Keymer, Kerpen	4. 11. 1969
Karl Kranz, Schwelm	17. 2. 1970
Heinrich Lacroix, Aachen	17. 2. 1970
Elisabeth Hubertine Linden — Schwester Hortulana —, Porz-Urbach	24. 10. 1969
Wilhelm Mühlhoff, Bielefeld	28. 1. 1970
Anna Müller — Schwester Sanktina —, Porz-Urbach	24. 10. 1969
Karl Neerfeld, Dinslaken	24. 10. 1969
Josef Ormeloh, Herzebrock	26. 8. 1969
Peter Reitz, Stotzheim	26. 9. 1969
Otto Wever, Düsseldorf	28. 1. 1970
Kreisoberverwaltungsrat a. D. Johannes Wittmann, Odenthal-Schildgen	17. 2. 1970
Heinrich Zimmermann, Bensberg-Refrath	4. 11. 1969



Einzelpreis dieser Nummer 0,90 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Düsseldorf, gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten (Einzelheft 0,30 DM) auf das Postscheckkonto Köln 85 16 oder auf das Girokonto 35 415 bei der Westdeutschen Landesbank, Girozentrale Düsseldorf. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen.

Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen.
Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf;
Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post.
Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert.
Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 15,80 DM, Ausgabe B 17.— DM.
Die genannten Preise enthalten 5,5 % Mehrwertsteuer.